



DIE LINKE.

Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Regierungserklärung +++ Bürgerwille +++ Beruhigungsspiel +++ Gagfah +++ Anti-AKW +++ Privatisierung +++ Poster

Ist Hamburg bei der SPD in guten Händen?



Die neue Regierung erklärt sich

Der SPD-Senat übernimmt ein schweres Erbe: Die Hansestadt sitzt auf einem enormen Schuldenberg von über 30 Milliarden Euro (alle Schattenhaushalte eingerechnet), das Vermögen der Stadt ist durch die Privatisierungen in den letzten Jahrzehnten völlig verbraucht, etliche öffentliche Bereiche (Schulen, Infrastruktur, Hochschulen, Kultur) sind massiv unterfinanziert und aktuell ist zudem ein strukturelles Haushaltsdefizit von 1,3 Milliarden Euro zu bewältigen.

Kann man unter solchen Bedingungen »ordentlich regieren«? Der neue Erste Bürgermeister Olaf Scholz und seine Senatoren wollen dieses Kunststück handwerklicher Regierungskunst schaffen. Wie stets bei wichtigen Fragen ist die BILD-Zeitung dicht an der Seite der Herrschenden: »Scholz zwingt die Behörden zu einem scharfen Sparkurs. Wenn sie pro Jahr nur ein Prozent mehr ausgeben dürfen, bekommen sie noch nicht einmal einen Inflationsausgleich. Der Bürgermeister sagt aber noch nicht, wo er den Rotstift ansetzen will.«

Von einem scharfen Sparkurs und Rotstift-Politik war bei der Propaganda vom guten Regieren bislang nicht die Rede. Was veranlasst die BILD-Zeitung zu einer solch düsteren Zukunftsprognose? Das Sanierungskonzept hatte Scholz mit seinem Finanzsenator Peter Tschentscher schon im Wahlkampf präsentiert. Das hat er nun in seiner Regierungserklärung präzisiert: »Wir sorgen dafür, dass die Ausgaben langsamer steigen als die Einnahmen. Dazu dürfen wir im Schnitt der nächsten Jahre jeweils nicht mehr als ein Prozent mehr als im Vorjahr ausgeben. Wenn uns das gelingt, dann können wir im Laufe dieses Jahrzehnts zunächst die Betriebsausgaben und am Ende auch die Investitionen vollständig aus den Einnahmen der Stadt finanzieren. Die Steuereinnahmen des Jahres 2010 liegen höher als erwartet und die letzte Steuerschätzung lässt uns auch für 2011 und 2012 hoffen. Aber wir dürfen uns gerade nicht an den konjunkturell bedingt schwankenden Einnahmen orientieren, sondern wir brauchen langfristige Maßstäbe. Bill Clinton hat vorgemacht, wie erfolgreiches

Konsolidieren klappt. Mit dem Prinzip ›Pay as you go‹ hat er dafür gesorgt, dass der US-amerikanische Haushalt binnen zwei Legislaturperioden ausgeglichen war. Er hat seine Regierung darauf verpflichtet, jeden Cent, der irgendwo mehr ausgegeben wird, im Haushalt an anderer Stelle gleich wieder einzusparen.«

Die Hamburger Gewerkschaften haben sich sehr kritisch zu diesen Perspektiven geäußert. Der DGB-Vorsitzende Uwe Grund prophezeit, »dass Olaf Scholz mit dem Vorhaben der Haushaltskonsolidierung scheitern wird«. Denn der Bürgermeister wolle in einigen Bereichen kürzen, habe aber noch kein Stück über neue Einnahmen nachgedacht. »Wenn ich mir dann ansehe, welche Vorhaben zusätzlich finanziert werden sollen, sind die Haushaltsziele unerreichbar.« Der DGB ist zu Recht enttäuscht, dass Scholz in seiner Regierungserklärung nichts über dringend notwendige Einnahmeverbesserungen gesagt hat. Denn »würden die wirklich Reichen und Vermögenden sowie die Unternehmen in Hamburg nur die Steuern bezahlen, die sie der öffentlichen Hand tatsächlich schulden, sind viele Einnahmeprobleme schon gelöst«, sagt Uwe Grund weiter. Deshalb fordert der DGB, dass die Vermögensteuer wieder eingeführt und die Erbschaftsteuer reformiert werden müssen.

Ein Ausgabenwachstum von maximal 1% eröffnet keinen Handlungsspielraum für die Zurückdrängung der sozialen Spaltung oder die Beseitigung der Unterfinanzierung in vielen Bereichen. Eine solche Politik läuft faktisch auf Personalabbau und Begrenzung der öffentlichen Dienstleistungen hinaus, was ökonomisch und sozial kontraproduktiv ist und die soziale Spaltung in der Stadt enorm verschärft.

Wenn Scholz also behauptet, dass man mit knappen Kassen »entschlossen gute Politik machen« könne, geht das an den großen finanzpolitischen Herausforderungen einer zukunftsgerichteten, auf sozialen Ausgleich bedachten Stadtpolitik vorbei. Mit »knappen Kassen« lassen sich nicht einmal die drängendsten sozialen Probleme der Stadt lösen und die unaufschiebbaren Investitionen in die Wirtschaft, in die öffent-

liche und soziale Infrastruktur sowie in Bildung und Kultur finanzieren. Dazu braucht es eine deutliche Verbesserung der Einnahmen.

Aus der Situation der Überschuldung und des Verschleißes bei der öffentlichen Infrastruktur kommt man nur heraus, wenn man vor allem eine strukturell andere Einnahmepolitik betreibt, mehr Steuerprüfer für mehr Steuergerechtigkeit einsetzt und zugleich auf Bundesebene sich stark macht für die Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine grundlegende Reform von Gewerbe- und Grundsteuer.

Von all dem war in der Regierungserklärung keine Rede. Wird also in den nächsten Wochen gleich der sozialdemokratisch geführte Rotstift in Aktion treten? Ganz so dringlich ist der Übergang von der feinen Rhetorik zur brutalen Wirklichkeit nicht. Denn nach einem ersten Kassensturz ist die aktuelle Finanzlage dank des besseren Verlaufs der Konjunktur und der Steuereinnahmen nicht gar so schlecht. Der Betriebshaushalt war mit einem Defizit von nur 85 Mio. Euro fast ausgeglichen. Die neuen Kredite von rund 900 Millionen wurden zu 90% für Investitionen eingesetzt, wie dies die alte »Schuldenbremse« der Verfassung und der Landeshaushaltsordnung vorsehen.

Die im Jahr 2010 verbesserte Haushaltslage und die zu erwartenden höheren Steuereinnahmen in den Jahren 2011 und 2012 – vorausgesetzt, es gibt keinen erneuten konjunkturellen Einbruch – schaffen für den neuen SPD-Senat eindeutig Spielräume, jene 200 Mio. Euro, die der erste Bürgermeister für eine verbesserte Zukunft Hamburgs im Wahlkampf versprochen hat, auszugeben. 110 Mio. Euro für die Absenkung der Kita-Gebühren und ca. 50 Mio. Euro für den Wegfall der Studiengebühren können aufgebracht werden. Darüber hinaus gäbe es genügend finanzpolitische Luft, um eine Reihe unsinniger Sparoperationen des schwarz-grünen Senats zurückzunehmen, etwa die Gehaltskürzungen für die BeamtInnen des öffentlichen Dienstes oder die Abführungen der öffentlichen Unternehmen an den Haushalt. Schließlich könnte der SPD-Senat die verbesserte Finanzsituation nutzen,

joachimbischoff.de

Aktuelle Positionsbestimmungen, Stellungnahmen, Kommentare, Pressemitteilungen, Hinweise auf Veranstaltungen und andere Termine auf meiner Internetseite

<http://joachimbischoff.de>

Auch alle bisher erschienenen BürgerInnenbriefe können demnächst als pdf-Dateien heruntergeladen werden.

Wer aktuell informiert sein möchte, sollte lieber einmal mehr vorbeischaun!



um mit kräftiger öffentlicher Förderung die versprochenen 6.000 preiswerten Wohnungen pro Jahr auch tatsächlich zu realisieren.

Natürlich ist mit der verbesserten Haushaltslage die schwierige Finanzsituation der Stadt keineswegs beseitigt. Es handelt sich in der Tat um eine konjunkturell bedingte Atempause. Der Schuldenberg steigt weiter und die Haushalte der nächsten Jahre werden auch weiter z.T. über den öffentlichen Kredit mitfinanziert werden müssen. Aus dieser Situation der Schuldenfalle kommt man allerdings nicht heraus, indem man den Zuwachs der Betriebsausgaben bis 2020 auf 1% begrenzt, sondern nur, wenn man deutlich höhere Einnahmen generiert.

Der schwarz-grüne Senat hatte in seinem Finanzbericht 2011/2012 eindringlich auf die Folgen der verfehlten Steuer-senkungspolitik der schwarz-rot-grünen Bundesregierungen des letzten Jahrzehnts hingewiesen. Sie hat dazu geführt, dass die Steuerquote, also die Relation zwischen Steuereinnahmen und nominalem Bruttoinlandsprodukt, die sich zwischen 2005 und 2008 auf einem Niveau zwischen 22% und 23% eingependelt hatte, seit 2009 erheblich gefallen ist und »im Prognosezeitraum auf einen historischen Tiefpunkt von 20,5% im Jahr 2011 (sinkt)«. Das lässt sich bei entsprechendem politischen Willen ändern. Allein die Wiedereinführung der Ver-

mögenssteuer könnte Hamburgs Einnahmen um jährlich zwei Mrd. Euro erhöhen. Es liegt an der Hamburger SPD, sich dafür politisch einzusetzen. Dann ließe sich die Stadt tatsächlich »ordentlich regieren«.

Zusätzlich müsste Hamburg auf Bundesebene initiativ werden, um die Einnahmesituation aller Kommunen deutlich zu verbessern: Wiedereinführung der Vermögenssteuer (2-4 Mrd. Euro jährlich), Weiterentwicklung der Gewerbesteuer in eine Gemeindefortschrittssteuer (die auch von Selbständigen zu zahlen wäre) sowie Umstellung der Bemessungsgrundlage der Grundsteuer auf aktuelle Verkehrswerte.

Ein solcher Richtungswechsel in der nationalen Steuerpolitik wird kurzfristig sicher schwierig sein. Insofern wird zur Finanzierung einer zukunftsorientierten Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik neben Umschichtungen im Haushalt (vor allem Verzicht auf überflüssige Großprojekte) vorübergehend auch auf den öffentlichen Kredit zurückgegriffen werden müssen – wenn man etwa jährlich 6.000 neue preiswerte Wohnungen bauen will. Dadurch würden außerdem viele tausend Arbeitsplätze geschaffen und darüber auch Steuer-mehreinnahmen generiert werden. Ob das »ordentliche Regieren« dazu den politischen Mut aufbringt, werden wir weiterhin aufmerksam beobachten.

»Wohnungsbau auch gegen Bürgerwillen«...

las man am 22. März im Hamburger Abendblatt, und tags darauf titelte Die Welt nicht minder deutlich: »SPD rüttelt an Bürger-Mitbestimmung«. Hintergrund dieser Zeitungsüberschriften sind Äußerungen des neuen Staatsrates der Stadtentwicklungsbehörde, Michael Sachs, der Wohnungsprojekte zukünftig notfalls mit Brachialgewalt gegen etwaige Widerstände vor Ort durchboxen will.

Sachs ist zweifellos »vom Fach«, wie seine Vita belegt. Der 1947 geborene Soziologe hat rund 15 Jahre beim GEWOS-Institut für Stadt-, Regional- und Wohnforschung gearbeitet und gehörte zwischen 1978 und 1986 für die SPD der Hamburgischen Bürgerschaft an, wo er unter anderem in der Bau-deputation und in der Kommission für Bodenordnung wirkte. 1989 übernahm er die Geschäftsführung der »WVN Wohnungsverwaltung Nord« und wechselte 1995 als Chef in die stadteigene »GWG«, die 1999 mit der »SAGA« zusammengeführt wurde. Im April 2010 schließlich wurde Sachs von der grünen Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk zum Wohnungsbaukoordinator der Freien und Hansestadt Hamburg bestellt. Nun ist er also Staatsrat in der Behörde der neuen Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau (SPD), die bisher die IG Metall im Norden leitete und bislang mit Wohnungsfragen wenig zu tun hatte.

In einem Interview mit dem Abendblatt legte Sachs dar, wie er sein neues Amt, die Wohnungspolitik und die Bürgerbeteiligung miteinander in Einklang bringen will – nämlich eher gar nicht. Er wettet gegen die zarten Pflänzchen

der direkten Demokratie und allzu viele Bürgerbegehren, die angeblich verbreitet Neubauvorhaben unterliefen und denen sich bisweilen auch die Bezirke anschließen. Zusammen mit dem Leiter des Bezirksamtes Hamburg-Mitte, Markus Schreiber (SPD), plädiert er dafür, Bürgerbegehren gegen Wohnungsbauten gleich ganz abzuschaffen. Tatsächlich werden im Abendblatt-Artikel rund 80 Neubauvorhaben für ganz Hamburg benannt, bei denen es gerade mal drei Bürgerbegehren und in fünf weiteren Fällen »Proteste« geben würde.

Dies soll nun auf jeden Fall anders, vor allem besser und effektiver werden: »Und deshalb müssen wir die Rollen der direkten Demokratie, der Bürgerbeteiligung und der Information neu einüben – und standhaft sein im Sinne der gesamtstädtischen Interessen.« Und nebenher baut der Staatsrat schon einmal vor, wenn er das von der SPD vor der Wahl verkündete Ziel von 6.000 neuen Wohnungen jährlich angesichts der Widerstände vor Ort »definitiv« für gefährdet hält.

Es ist nicht das erste Mal, dass Sachs Bürgerbeteiligung frontal angreift. Und auch die 6.000 Neubauwohnungen hatte er schon früher in Frage gestellt, denn für ihn gibt es »keine Wohnungsnot«, allenfalls »einen Nachfragedruck auf bestimmte innenstadtnahe Quartiere«, wie er dem »immobilienmanager« (3/2011) in die Feder diktierte. Nun sollen also erneut die Menschen an der Wohnungsmisere schuld sein, die Menschen in den Vierteln zu oft und zu laut protestieren.

Damit stellt der Staatsrat einmal mehr die Verhältnisse auf den Kopf: Unter seiner Verantwortung hat die SAGA GWG den



Als der Staatsrat noch Wohnungsbaukoordinator war

Neubau von Sozialwohnungen massiv zurückgefahren, und der abgewählte schwarz-grüne Senat hatte über Jahre hinweg weniger als die Hälfte der selbst vorgenommenen Neubauzahlen realisiert – nicht wegen Gegenwehr allerorten, sondern weil dieser Senat und auch der neue Staatsrat das Problem geringgeschätzt haben.

Einsprüche und Proteste gegen das »Zubauen« oder den Abriss erhaltenswürdiger (und meist auch günstig zu mietender) Ensembles müssen ernst genommen und geprüft werden. Daraus auf eine pauschale Anlehnung von Wohnungsneubau zu schließen, ist absurd. Es grenzt schon an Zynismus, wenn ausgerechnet die »Neue Mitte Altona« als Argument dafür herhalten muss, dass hier Protest die Errichtung von gut 2.000

Wohnungen verhindere. Die BürgerInnen und Initiativen wollen sehr wohl den Neubau von Wohnungen, aber nicht von teuren Suiten, sondern von guten und erschwinglichen Wohnungen. Darin besteht die eigentliche Crux der angekündigten Wohnungsbauoffensive des neuen Senats: Lediglich ein Drittel der angestrebten 6.000 Wohnungen soll als öffentlich geförderter Wohnraum entstehen. Das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, der die teilweise dramatischen Mietpreiserhöhungen, die zunehmende Verdrängung aus einer Reihe von Quartieren und die soziale Schieflage auch beim Wohnen in dieser Stadt nicht beseitigen wird. Ich dokumentiere im Folgenden auszugsweise eine Stellungnahme der AG Mieten im Netzwerk Recht auf Stadt vom 25.3.2011.

Sachs, die Wohnungspolitik und das Grauen – Eine eindeutige Aufforderung zum Widerstand?

Die AG Mieten im Netzwerk Recht auf Stadt protestiert gegen die Bestrebungen des neuen Senats, unter dem Vorwand des Wohnungsbaus die demokratischen Rechte von Anwohnerinnen und Anwohnern zu beschneiden.

In einem aktuellen Interview mit dem »Hamburger Abendblatt« formuliert Michael Sachs, der neue Staatsrat der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU), wie er seine Wohnungspolitik durchzusetzen gedenkt: Die repräsentative Demokratie »muss in der Lage sein, Entscheidungen zu treffen, die den Bürgerinnen und Bürgern manchmal nicht gefallen, aber im gesamtstädtischen Interesse sind.« (22.3.2011) Egal, ob alte Häuser abgerissen, günstige Mietwohnungen vernichtet, egal auch, ob letzte Grün- und Freiflächen mit Luxusimmobilien zugebaut werden.

Zwei Drittel der geplanten 6.000 Neubauten sollen vorrangig der Maximierung von Renditen dienen. Die Durchschnittsmieten in Hamburg sind im Bundesvergleich schon jetzt mit die höchsten, mit dieser Maßnahme werden sie die in München weit überholen.

Sachs hat als Vorstand der SAGA entscheidend daran mitgewirkt, dass der Bestand an günstigem Wohnraum in 10 Jahren um 50.000 Wohnungen reduziert wurde. Auf der einen Seite hat er den katastrophalen Wohnungsmangel, vor allem im unteren preislichen Niveau, mit zu verantworten, auf der anderen spielt er sich als Gutsherr auf, der den davon betroffenen Menschen und Initiativen und auch den Bezirken jedes Mitentscheidungsrecht und den des Widerspruchs absprechen will.

»Herr Sachs wird mit dieser Einstellung auf den massiven Widerstand breiter Schichten und sicher auch auf den vieler Bezirkspolitiker treffen«, so Dirk Klaes von der AG Mieten im Netzwerk Recht auf Stadt.

Tausende, ja zehntausende Wohnungen fehlen, vor allem solche, die Menschen ohne üppiges Gehalt auch bezahlen können. Zahlen des Miethäusersyndikats zeigen eindeutig, dass neuer Wohnraum im Passivhaus-Standard zu 4 Euro/qm geschaffen werden kann. Ökologischer und schöner Wohnraum muss allen zur Verfügung stehen.

Weitere 20.000 Wohnungen fallen zusätzlich bis 2014 aus der Mietpreisbindung. Die zu erwartenden Mietsteigerungen müssen verhindert werden. So wichtig aber auch die Schaffung von Wohnraum ist, sie ist keine bedingungslose Rechtfertigung für die Vernichtung von Grün- und Freiflächen, die genauso dringend benötigt werden.

Es sind vor allem die Initiativen von AnwohnerInnen und stadtpolitisch engagierten BürgerInnen, die in den vergangenen Monaten immer wieder den Mangel an bezahlbarem Wohnraum thematisiert haben – zuletzt mit einer von 7.000 Menschen besuchten Demonstration am 23. Oktober 2010. Thematisiert wurde dabei u.a. der obszöne Leerstand von 1,4 Mio. Quadratmetern an Büroflächen. Die Benutzung leer stehender Wohnungen und Büroflächen als Wohnraum wäre ein erster Schritt, das Wohnungsproblem zu lösen – ebenso wie der verstärkte Bau von Sozialwohnungen, beispielsweise im Stadtteil Blankenese.

Hamburg hat ein massives Demokratiedefizit, was etliche, gegen den Willen der BürgerInnen durchgepresste Senatsprojekte belegen. Wohnungspolitik kann nur mit den Menschen gemeinsam entwickelt und umgesetzt werden. Andernfalls wird sie auf ganzer Fläche scheitern. »Wir lassen uns Eure Projekte à la Hafencity, Luxuseigenheime, Leuchtturmbauten nicht länger bieten! Wir setzen auf die Menschen und ihre Initiativen. Wir wollen darüber mitreden und selbst entscheiden, wie sich unsere Quartiere verändern, wir beharren auf unserem Recht auf Stadt!«, betont Dirk Klaes für die AG Mieten.

Neuer Markt als Beruhigungsspiel für St. Pauli?

von Markus Schneider-Johnen



Das konnte einstweilen verhindert werden, was kommt jetzt?

Am 31. Mai 2010 schloss der »Real«-Markt in der Alten Rindermarkthalle an der Feldstraße seine Pforten. Seitdem sind die Einkaufsmöglichkeiten für die AnwohnerInnen deutlich eingeschränkt. Nicht nur für Lebensmittel, sondern für unzählige Dinge des täglichen Bedarfs fehlt der vorherige Vollsortimenter an allen Ecken und Enden, zumal auch noch Schritt für Schritt die Fachgeschäfte aus den umliegenden Vierteln verdrängt und durch Filialisten ersetzt werden, die eher die Bedürfnisse der TouristInnenströme zu befriedigen vermögen, statt die alltäglichen Bedarfe der AnwohnerInnen zu decken.

Der Ruf nach einem gleichwertigen Ersatz wurde in den umliegenden Vierteln laut, gleich nachdem sich die Schließung des Real-Marktes abzeichnete. VertreterInnen der bisherigen Bezirkskoalition aus SPD und GAL und der Bezirksverwaltung in Hamburg-Mitte wurden nicht müde zu beteuern, dass sie alles täten, um die entstandene Lücke zu schließen. Konkret versuchten die Bezirksverantwortlichen jedoch nur, in der Öffent-

Markus Schneider-Johnen ist Sprecher der Stadtteilgruppe der LINKEN in St. Pauli.

lichkeit für ihren Plan zu werben, auf dem Gelände eine teure Konzerthalle für bis zu 4.000 BesucherInnen zu realisieren. Die daraufhin geführten Auseinandersetzungen um die »St. Pauli Music Hall« haben stadtweit für Aufsehen gesorgt. Der Widerstand gegen einen weiteren Event-Tempel war in den umliegenden Wohnvierteln so groß, dass sich die Parteien SPD, GAL und auch CDU gezwungen sahen, zurückzurudern und sich öffentlich von diesen Planungen zu distanzieren.

Konkretes zur Umsetzung des AnwohnerInnenwunsches nach Wiederherstellung der Nahversorgung war hingegen bis heute nicht zu vernehmen. Diesbezüglich wird nun seit vielen Monaten behauptet, dass Verhandlungen liefen und ein Vertragsabschluss unmittelbar bevorstehe. Je länger eine Lösung dieses Versorgungsproblems auf sich warten lässt, desto wahrscheinlicher erscheint es jedoch, dass die Bemühungen nicht sonderlich intensiv gewesen sind, sondern sich der Bezirk nach dem gescheiterten großen Wurf mit der Music Hall schmollend zu einem ausgiebigen Winterschlaf zurückgezogen hat.

Inzwischen haben AnwohnerInnen in Eigenregie für das gesamte Gelände Alter Rindermarkt einen Planungsprozess von unten gestartet und fast 20.000 Fragebögen an Haushalte verteilt, um die Wünsche und Befürchtungen zur Zukunft des Areals zu erfragen. Als besonders dringlich wurde in vielen der beantworteten Fragebögen die Wiederherstellung der Nahversorgung benannt. Insbesondere alte Menschen haben große Schwierigkeiten, ihre Bedarfe in anderen Stadtteilen zu decken. Bevor ein Konzept für die langfristige Nutzung des gesamten Areals im Zusammenspiel mit den AnwohnerInnen entwickelt wird, muss also eine Zwischenlösung her.

Zu etwaigen Zwischennutzungen sind in den Sanierungsbeiräten Karolinentempel und Wohlwillstraße (St. Pauli-Nord) mehrere Beschlüsse gefasst worden. Gefordert wird, dass die beiden Beiräte in die Entwicklung eines Zwischennutzungskonzepts einbezogen werden. Bis heute hat es nicht mal mehr eine Information in einem der Beiräte gegeben, welche Pläne verfolgt werden oder mit wem verhandelt wird.

Nun konnten die betroffenen Menschen Plakaten und kursierenden Werbeflyern eines kommerziellen Flohmarktbetreibers entnehmen, dass am 1. April auf dem Ex-Real-Gelände

ein Wochen- und Flohmarkt eröffnet wird, der wöchentlich freitags von 8 bis 15 Uhr stattfinden soll. Das Ganze ist laut Angabe des Betreibers (www.kreativa.de) auf sieben Jahre angelegt, während SPD, GAL und bezirkliches Fachamt zuvor stets von einer Zwischennutzungszeit von drei bis vier Jahren gesprochen hatten. Die beiden Sanierungsbeiräte wissen von dem neuen Marktangebot noch nichts, obwohl sie, trotz Neuwahlen, auch in diesem Jahr schon zu Sitzungen zusammengekommen sind. Diese von der Bezirkspolitik selbst eingerichteten Beiräte werden erneut komplett übergangen und zu Pseudo-Beteiligungsgremien degradiert.

»Bürgerbeteiligung« im Bezirk unter Leitung von Markus Schreiber (SPD) funktioniert halt anders: Kommt eine Geschäftsfrau zur Privataudienz bei ihm, spielt er schnell den großen Kümmerer, wenn die Umsetzung eines Anliegens ihm einen Zugewinn an Reputation verspricht. Dann interessiert ihn auch nicht, dass die engagierte Gewerbetreibende Mitglied im Sanierungsbeirat Karo Viertel ist und sie am gesamten Gremium vorbei im Alleingang mit ihm im Hinterzimmer auskunktelt, was die Menschen auf St. Pauli, im Karo- und im Schanzenviertel zum Leben brauchen. Wahrscheinlich spielt ihm das Marktvorhaben gut in die Karten, denn es dürfte ein willkommenes Ablenkungsmanöver vom Scheitern einer weitergehenden Zwischennutzung sein. Diese Art der Beteiligung passt hervorragend zu aktuellen Äußerungen Schreibers in der lokalen Presse, wonach er Bürgerbegehren gegen Wohnungsbau am liebsten verbieten würde. Schreiber bringt Partizipations- und Entscheidungsinstrumente generell in Misskredit, indem er den Eindruck erweckt, dass die Menschen vor Ort nur Partikularinteressen verfolgen und nicht die übergeordneten Bedarfe im Blick haben.

Zum Glück lassen sich die AnwohnerInnen nicht für dumm verkaufen. So plant die Initiative »die leute:real« zur Markteröffnung durch Herrn Schreiber am 1. April eine Aktion, mit der aufgezeigt wird, was alles auch weiterhin fehlt: von der Nahversorgung über bezahlbare Wohnungen bis hin zu Transparenz und ernsthafter Einbeziehung der Menschen vor Ort in die Planungen. Die Menschen als Subjekte der Planungen und nicht als Objekte zu sehen, ist die SPD eben nach wie vor nicht im Stande.

Was ist Gentrifizierung?



Wer sich mit dem Aufwertung und Verdrängung beschäftigt und zugleich erfahren will, wofür das gentrifizierungskritische Netzwerk »Recht auf Stadt« steht, kann dies vom **8. bis 10. April 2011** im Centro Sociale, Sternstraße 2 tun. Unter dem Titel **»Soziale Bewegung und Stadtentwicklung«** werden die Fragen diskutiert: »Was steckt hinter dem Begriff Gentrifizierung?« und »Warum müssen wir unser Recht auf Stadt wieder erkämpfen?« Die Teilnahme an dem Wochenendseminar der ver.di-Jugend Hamburg ist kostenfrei, eine Anmeldung unter jugend.hamburg@verdi.de erforderlich.

Gagfah zurück in die öffentliche Hand!



Gagfah-MieterInnen in Hamburg protestieren

Eines der bedeutendsten bundesdeutschen Wohnungsunternehmen gerät dieser Tage erheblich unter den Druck, den es eigentlich schon lange verdient hätte: die Gagfah. Bundesweit macht dieses Unternehmen mit seinen 160.000 Wohnungen (darunter etwa 9.400 in Hamburg) an mehr als 150 Standorten zur Zeit reichlich Negativschlagzeilen.

Die »Gemeinnützige Aktien-Gesellschaft für Angestellten-Heimstätten« (Gagfah) ist im Oktober 1918 von 27 Angestelltenverbänden gegründet worden, um gesetzlich versicherte Angestellte in Berlin mit angemessenem Wohnraum zu versorgen. Die spätere »Bundesversicherungsanstalt für Angestellte« (BfA) verkaufte die zuletzt 81.000 Wohnungen im Jahr 2004 für 3,5 Milliarden Euro an eine börsennotierte US-Gesellschaft. Hauptaktionär ist mit einem ca. 60%igen Aktienanteil die »Fortress Investment Group LLC«. Dieser Hedgefonds übernahm im Jahr 2005 noch rund 28.000 Wohnungen einer Hannoveraner Gesellschaft und 2006 kamen weitere 48.000 Wohnungen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft (Woba) in Dresden dazu.

Den Verkauf der Gagfah fädelt nach Angaben von Spiegel Online vom 25. März der ehemalige rheinland-pfälzische Sozialminister Florian Gerster (SPD) ein, »die damalige sozialdemokratische Bundessozialministerin Ulla Schmidt segnete ihn ab – auch weil die Käufer aus den USA auf diverse Sozialklauseln eingingen: Keine Luxusmodernisierung, keine Kündigungen – und die neuen Eigentümer durften in zehn Jahren maximal 30 Prozent der Wohnungen an Dritte verkaufen.« Eine solche »Sozialcharta« wurde ebenfalls in Dresden mit der Stadt vereinbart. Die Privatisierung des gesamten öffentlichen Wohnungsbestandes in der sächsischen Elbmegropole hatte damals fast DIE LINKE zerrissen, da diese im Stadtrat aus Gründen der Haushaltssanierung dem Verkauf zustimmte – gegen massive Kritik aus den eigenen Reihen.

Jetzt haben trotz »Sozialcharta« nicht nur die MieterInnen das Nachsehen, auch die Stadt Dresden macht ein langes Ge-

sicht. Denn seitdem die Gagfah-Wohnungen an die US-Heuschrecke verhöckert wurden, lässt dieses Unternehmen seine Häuser flächendeckend verkommen – und will von sozialen Verpflichtungen bei Weiterverkäufen nichts wissen. Wichtiger als die Bestandspflege ist die Garantie von Renditen in zweistelliger Größenordnung für die Aktionäre. Dafür werden regelmäßig die Mieten erhöht. Selbst die linker Analysen gänzlich unverdächtige Zeitschrift »Der Aktionär« stellte unlängst fest: »Gagfah hat es in den letzten Jahren versäumt, den Bestand zu modernisieren, ... um damit höhere Renditen zu erwirtschaften.« Die Gewinne vor Steuern und Zinsen sind nach Pressemeldungen von 237 im Vorjahr auf 348 Millionen Euro angestiegen, trotz rückläufiger Mieteinnahmen von 486,3 auf 460,1 Millionen Euro! Hier schlagen sich bereits die Verkäufe eines größeren Teils der Mietwohnungen nieder. Nichts scheint lukrativer zu sein, als möglichst viele Wohnungen aus öffentlichem Eigentum zu erwerben, ein paar Versprechungen abzugeben, den Bestand dann aber verwahrlosen zu lassen und möglichst schnell zu einem überhöhten Preis an private InteressentInnen zu verticken. Wohnungsmarkt im 21. Jahrhundert pur!

Wie in Dresden handelt die Gagfah auch in Hamburg – nicht. Am 24. März platzte den Hamburger Gagfah-MieterInnen der Kragen: sie protestierten vor der Gagfah-Zentrale in Wandsbek. Ausgehend von einer 2010 gegründeten »AG Wohnen Wilhelmsburg« aus dem Recht-auf-Stadt-Umfeld und verstärkt durch den Verein Mieter helfen Mietern, die Kirchengemeinde Kirchdorf, den Arbeitskreis Umstrukturierung Wilhelmsburg sowie den Verbund für interkulturelle Kommunikation und Bildung (verikom) konnte für die Kundgebung mobilisiert werden. Und es kam nicht nur ein Bus voller wütender WilhelmsburgerInnen, auch aus Steilshoop und Barmbek hatten sich Gagfah-Betroffene auf den Weg gemacht. Mehr als 250 DemonstrantInnen – unter ihnen viele Menschen mit »migrantischem Hintergrund« – protestierten

gegen »Schimmel in den Wohnungen, undichte Fenster, kaputte Heizungen, kaputte Aufzüge, dreckige Treppenhäuser, vergammelte Fassaden – und dazu noch steigende Mieten« (so der Wilhelmsburger Aufruf).

Die MieterInnen schilderten anschaulich, welche Mängel und Versäumnisse die Gagfah inzwischen zugelassen hat. Christiane Tursi von verikom prangerte das unglaubliche und unseriöse Verhalten der Gagfah an: »Viele Mieterinnen und Mieter fühlen sich ohnmächtig gegenüber diesem Wohnungskonzern, der die angezeigten Mietmängel einfach ignoriert. Aufzüge in Hochhäusern sind tagelang kaputt, die Leute müssen über zehn Stockwerke zu Fuß laufen, Reparaturen und Renovierungsarbeiten bei Schimmel in den Wohnungen, nach Wasserschäden oder wenn die Fenster undicht sind, werden einfach nicht ausgeführt, Treppenhäuser vergammeln, aber die Beschwerden versanden einfach, die Gagfah kümmert sich nicht und meldet sich auch nicht. Die Gagfah behandelt ihre Mieterinnen und Mieter ohne Respekt.« Der wiederholte Beifall machte deutlich, dass sie die alltäglichen Erfahrungen vieler MieterInnen mit diesem (un)sauberen Wohnungsunternehmen getroffen hatte.

Die Geschichte des börsennotierten Unternehmens liest sich wie eine Skandalchronik – angefangen bei »von Hamburg bis Wuppertal maroden Wohnbestand« (Spiegel Online vom 25.3.2011) bis hin zu dem jüngst von der Finanzaufsicht

BaFin gegenüber Gagfah-Chef William Brennan geäußerten Verdacht auf rechtswidrigen Insiderhandel und der inzwischen eingereichten Klage der Stadt Dresden gegen die Gagfah wegen Nichteinhaltung der Sozialcharta.

Das Beispiel Gagfah macht deutlich, welches soziale Desaster angerichtet wird, wenn öffentliche Wohnungsbestände zu Profitzwecken verhökert werden. Leider ist seitens der Stadt Hamburg – abgesehen von einem zarten Gesprächswunsch des Bezirksamtes Mitte – nichts geschehen, um wenigstens hier diesem Treiben ein Ende zu setzen und das Unternehmen anzuhalten, die notwendigen Instandsetzungsarbeiten endlich anzugehen. Dafür gibt es schließlich eine städtische Wohnungspflege – von dem Auftrag des Grundgesetzes, dem kategorisch formulierten »Eigentum verpflichtet«, einmal ganz zu schweigen. In dieser Stadt müssen endlich härtere Geschütze gegen Spekulanten und Mietwucherer aufgeföhren werden, bevor später dann eine Rekommunalisierung der Gagfah-Bestände eingeleitet wird. Ich habe den neuen Senat jedenfalls in einer Kleinen Anfrage danach gefragt, welche Rolle die Stadt beim Verkauf 2004 gespielt hat und was er seit Eingang der ersten Beschwerden unternommen hat, um den Bestand zu sichern und die MieterInnen in ihren Rechten zu unterstützen. Über die Antwort werde ich in einem späteren BürgerInnenbrief berichten.

WilhelmsburgerInnen bleiben aktiv!



Die WilhelmsburgerInnen bleiben aktiv: Vor allem die Initiativen »Zukunft Elbinsel« und »Engagierte WilhelmsburgerInnen« organisieren beständig Widerstand gegen eine neue Quasi-Autobahn und die Hafenuerspange. Die Verdrängung von BürgerInnen im Rahmen der Planungen für die Internationale Bauausstellung (IBA) und die internationale Gartenschau (igs) 2013 ist vor allem das Anliegen des »Arbeitskreises Umstrukturierung«, der in den vergangenen Wochen maßgeblich auch die Proteste gegen das unsoziale Vermieterunternehmen Gagfah (siehe oben) mitorganisiert hat. Nicht zu vergessen die AktivistInnen der Partei DIE LINKE, deren

Kampf gegen die Zerstörung der Kleingärten und den verbreiteten Einsatz von Ein-Euro-Kräften in der städtischen Garten- und Anlagenpflege für reichlich Aufsehen gesorgt hat.

Und der Kampf geht weiter, wie folgende Veranstaltungen deutlich machen, die von möglichst vielen Menschen besucht werden sollten:

- **Dienstag, 29. März, 20.00 Uhr**, Wilhelmsburger Rathaus, Büro des Regionalbeauftragten (Mengestraße 19): Einwendungsrecht im Planfeststellungsverfahren – Zur Widerspruchsmöglichkeit gegenüber dem Ausbau der Wilhelmsburger Reichsstraße auf Autobahnstandard. Informationsveranstaltung des Vereins Zukunft Elbinsel mit Blick auf die am 30. März auslaufende Einwendungsfrist.
- **Donnerstag, 31. März, 19.00 Uhr**, Bürgerhaus Wilhelmsburg (Mengestraße 20): Wilhelmsburg entwickelt sich – aber WOHIN? Diskussion des Vereins Zukunft Elbinsel mit Jens Töpfer (Analysen & Konzepte), der die IBA-Studien vorstellen wird, und Peter Birke (Universität Hamburg), der sie kritisch bewertet.
- **Samstag, 16. April, 14.00 Uhr**, ab Bushaltestelle Stübenplatz: Wilhelmsburg im Dritten Reich. Zweistündiger Rundgang mit Burkhard Kleinke, unter besonderer Berücksichtigung der widerständigen, Swingmusik hörenden Pfennigsbande, der jüdischen Familie Leipelt mit Kontakten zu den Geschwistern Scholl und der Konflikte innerhalb der evangelischen Kirchengemeinde. Teilnahmebeitrag: 5 Euro.

Abschalten sofort!



Mehr als 50.000 Menschen fordern am 26.3. in Hamburg: »Abschalten jetzt!«

An den vier bundesweiten Anti-AKW-Demonstrationen haben sich nach Veranstalterangaben am vergangenen Samstag rund eine viertel Million Menschen beteiligt. Während im Reaktorblock 2 der Megaanlage in Fukushima mittlerweile eine mehr als hunderttausendfach höhere Strahlendosis als normal gemessen wurde, versammelten sich in Köln und München jeweils 40.000, in Berlin 120.000 und in Hamburg rund 50.000 Menschen, um gegen den atomaren Wahnsinn zu protestieren. Auf den Transparenten und in den Reden wurde durchweg deutlich, dass das von einer angeschlagenen Bundesregierung aus wahlkampfaktischen Erwägungen verkündete dreimonatige »Moratorium« ebenso auf breite Ablehnung stößt wie jeder weitere »Kompromiss«, der schon einmal eine Tür für die »Verlängerung der Laufzeiten« offen ließ. Doch jetzt besteht die historische Chance, tatsächlich und umfassend auszusteigen. Und so wird sich in den kommenden Wochen erweisen, wie stark die Anti-AKW-Front in Hamburg, Deutschland und anderswo ist.

Denn die Aufklärung und der Protest gehen weiter – auch in Hamburg: Hamburger Attacies rufen im Verbund mit anderen AKW-GegnerInnen für den **28. März** zur nächsten Aktion auf. Unter der Parole »Fukushima ist überall – Atomausstieg jetzt!« findet bis auf weiteres allwöchentlich montags auch in Hamburg eine Mahnwache statt, jeweils um 18.00 Uhr vor der Vattenfall-Zentrale an der Mönckebergstraße (<http://www.attac.netzwerk.de/hamburg>).

Der Stromriese Vattenfall, der u.a. die Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel betreibt und für so manchen »Störfall« verantwortlich ist, versucht seinen ramponierten Ruf aufzupolieren und sponsert zum Beispiel die »Vattenfall Lesetage«. Um das nicht weiter mitzutragen, der Atomlobby gründlich die Suppe zu versalzen und »Tschüss Vattenfall« zu sagen, haben Verlage, Buchhandlungen und AutorInnen eine Initiative gebildet, die vom **6. bis 15. April** mit insgesamt 60 Veranstaltungen an 40 Orten alternative Lesetage anbietet. Beteiligt sind Harry Rowohlt, Günter Zint, Viola Roggenkamp und Wiglaf Droste (www.lesetage-selber-machen.de). Um das »Lesen ohne Atomstrom« geht es bei einem weiteren alternativen Literaturangebot vom **7. bis 10. April**, an dem Feridun Zaimoglu, Nina Hagen und Günter Grass teilnehmen (www.lesen-ohne-atomstrom.de).

Am **25. April** jährt sich zum 25. Mal der Super-GAU in Tschernobyl, der von den Entwicklungen im japanischen Fukushima noch »überstrahlt« werden könnte. Deshalb wird es an diesem Tag bundesweite Großaktionen geben, in Norddeutschland vor den AKWs Krümmel und Brunsbüttel: »5 Minuten vor 12« startet an diesem Ostermontag die Kundgebung, um 14 Uhr ertönt ein »Atomalarm«, verursacht durch einen Super-GAU im AKW Brunsbüttel, danach erfolgt die »Flucht zu den Mahnmalorten«, um 15.30 Uhr »erreicht uns die Wolke an den Mahnmalen«...

Weitere Privatisierungen verhindern

DIE LINKE tritt dafür ein, wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge, der Infrastruktur und des Gemeinwohls in öffentlicher Zuständigkeit zu gestalten. Deshalb haben wir nicht nur den Verkauf der städtischen Krankenhäuser und die Privatisierung der Energieversorgung kritisiert, sondern wir setzen uns für die Rekommunalisierung dieser Bereiche ein. Die verkauften Einrichtungen zurückzuholen in die kommunale Verantwortung ist das eine, das andere aber ist, kein weiteres »Abstoßen« städtischer Einrichtungen zuzulassen. Insofern unterstütze ich das untenstehende Volksbegehren, das maßgeblich vom Hamburger ver.di-Chef Wolfgang Rose, zugleich SPD-Abgeordneter in der Bürgerschaft, auf den Weg gebracht wurde, als Schwarz-Grün noch am Ruder waren. Jedweden

weiteren Verkauf wichtiger städtischer Einrichtungen von einem ausdrücklichen Votum der BürgerInnen »abhängig« zu machen, setzt die Hürden deutlich höher. Der CDU-Senat unter Ole von Beust konnte sich 2004 bei der Privatisierung der Krankenhäuser über das Votum von 75% der HamburgerInnen einfach hinwegsetzen. Das ist seit einer Änderung der Volksgesetzgebung anders, und so würde ein positiver Volksentscheid z.B. gegen den Verkauf des Wohnungsbestands der SAGA GWG den Senat verpflichten, von solcherart Plänen Abstand zu nehmen. Ab sofort kann in den Bezirksämtern für dieses Volksbegehren unterzeichnet werden, ab Mai werden auf den Straßen Unterschriften gesammelt. Ich dokumentiere im Folgenden den Aufruf von Wolfgang Rose vom 9. März.



Hamburg hat mit Privatisierungen öffentlicher Unternehmen schlechte Erfahrungen gemacht: HEW und HeinGas heißen heute Vattenfall und E.ON. Der Landesbetrieb Krankenhäuser wurde gegen den Willen von 75% der Bürgerinnen und Bürger verkauft. Das wäre heute allerdings nicht mehr möglich, weil mittlerweile die Verfassung so geändert wurde, dass Volksentscheide verbindlich sind. Die Hochbahn und die HHLA würden heute schon der Deutschen Bahn AG gehören, wenn die Beschäftigten sich nicht dagegen gewehrt hätten.

Eine große Mehrheit in der Bevölkerung ist gegen Privatisierungen. Sie sagen: Öffentliche Unternehmen sollen dem Gemeinwohl, der Daseinsvorsorge und der Infrastruktur dienen und nicht dem Gewinnstreben privater Eigentümer. Öffentliche Unternehmen gehören den Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs. Sie wurden mit ihren Steuern aufgebaut. Ein Verkauf, auch von Anteilen, darf nicht ohne Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger erfolgen. Es hat mittlerweile einige Volksabstimmungen gegeben, auch in Hamburger Bezirken, und mancher ist schon abstimmungsmüde. Aber für diese Forderung lohnt es sich wirklich, noch einmal abzustimmen, denn es geht um unser aller Eigentum. Wir wollen in die Hamburger Verfassung schreiben: **»KEINE PRIVATISIERUNG GEGEN DEN BÜRGERWILLEN!«**

Auch wenn es wieder klamm wird im öffentlichen Haushalt, soll kein zukünftiger Senat und keine zukünftige Bürgerschaft ein öffentliches Unternehmen verkaufen dürfen, ohne vorher die Bürgerinnen und Bürger darüber abstimmen zu lassen. Das soll für alle öffentlichen Unternehmen gelten, die dem Gemeinwohl, der Daseinsvorsorge oder der Infrastruktur dienen, also zum Beispiel SAGA GWG, Hamburg Wasser, Hamburger Stadtentwässerung (HSE), Hamburger Wasserwerke GmbH (HWW), Bäderland Hamburg GmbH, Stadtreinigung Hamburg (SRH), Hamburger Hochbahn AG (HHA), Hamburger Hafen- und Logistik AG (HHLA), Hamburg Port Authority (HPA), Universitätsklinikum Eppendorf (UKE), Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten, fördern & wohnen, Deutsches Schauspielhaus Hamburg (DSH), Thalia Theater GmbH, Hamburgische Staatsoper GmbH, Hamburger Friedhöfe, Flughafen Hamburg GmbH (FHG), Hamburg Messe & Congress GmbH (HMC), Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt, Sprinkenhof AG.

Ich möchte Sie und Ihre Initiative bitten, uns zu unterstützen. Wir brauchen über 62.000 Eintragungen von Wahlberechtigten. Eintragen kann man sich ab 21. März in jedem Bezirksamt oder vom 2. bis 23. Mai 2011 auch auf unseren Listen: im Verein, der Nachbarschaft, im Betrieb oder auf der Straße. Wenn genügend gültige Eintragungen zustande gekommen sind, kommt es am Tag der Bundestagswahl zu einem Volksentscheid. Sie können uns dadurch unterstützen, dass Sie uns erstens Ihre Unterstützung mitteilen, damit wir sie veröffentlichen können, dass Sie zweitens unsere Veröffentlichungen über Ihre Verteiler weiterleiten und dass Sie drittens in Ihrer Organisation zum Sammeln von Eintragungen aufrufen. Weitere Informationen und den konkreten Gesetzesänderungsvorschlag finden Sie unter: www.volksbegehren-hamburg.de

Kulturtyp: Plakat und Protest



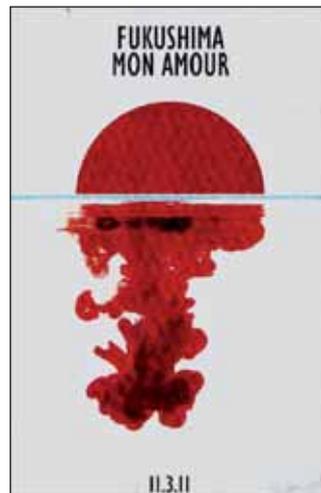
Keith Haring protestiert

Wer kennt sie nicht: Das 1924 entstandene Plakat »Nie wieder Krieg« von Käthe Kollwitz oder Pablo Picassos Friedens-Taube aus dem Jahre 1949? Manch eine/r wird sie an den eigenen Wänden hängen (gehabt) haben. Nun sind 180 politische Plakate in einer großen Ausstellung im Museum für Kunst und Gewerbe am Steintorplatz zu sehen (u.a. Werke von John Heartfield, George Grosz und El Lissitzky, aber auch Keith Haring, Joseph Beuys und Andy Warhol oder – eher weniger bekannt – die Guerilla Girls).

»Die Ausstellung eröffnet einen Blick auf die Protest- und Oppositionsbewegung der letzten sechs Jahrzehnte«, zitiert das Hamburger Abendblatt den Kurator Jürgen Döning, »und zeigt zugleich das Spannungsfeld zwischen Utopie, dem Wunsch nach Mitbestimmung und dem realen Verlauf der politischen Geschichte«. Die Plakate werden in sechs thematischen Gruppen präsentiert: Revolution, Freiheit, Frieden, Menschenrechte, Ökologie und Globalisierung. Dass Plakatkunst nicht nur von historischem Belang ist, sondern auch heute in die aktuellen Auseinandersetzungen eingreift, macht die jüngste Arbeit des israelischen Künstlers Yossi Le-

mel deutlich: Sie ist erst vor zwei Wochen entstanden und trägt den Titel »Fukushima mon amour«.

Plakate bringen wichtige Botschaften zum Ausdruck, spiegeln die Kämpfe ihrer Zeit wider und sind damit eine höchst anschauliche Zusammenfassung der nationalen und internationalen Protestkultur im 20. und beginnenden 21. Jahrhundert. Der Titel »Phantasie an die Macht – Politik im Künstlerplakat« ist Programm, die Auswahl lohnt einen Besuch des Museums für Kunst und Gewerbe allemal. Gezeigt werden die Plakate noch bis zum 13. Juni, und zwar dienstags bis sonntags zwischen 11:00 und 18:00 Uhr, donnerstags sogar bis 21:00 Uhr.



Mit diesem BürgerInnenbrief informiere ich regelmäßig über das Parlamentsgeschehen und die politischen Auseinandersetzungen in Hamburg, im Bezirk Mitte sowie im Wahlkreis. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief **per E-Mail** (und ggf. zusätzlich den monatlichen Infobrief »Mittenmang« des Bezirksverbandes Mitte und den Newsletter des Landesverbandes der LINKEN) beziehen oder wenn Sie diesen BürgerInnenbrief nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: joachim.bischoff@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie mich an, wenn Sie meine Arbeit als Abgeordneter in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt über das **BürgerInnenbüro der LINKEN.Hamburg-Mitte, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg, Tel. 28 57 69 08**